

## **6.Ethik und Moral über Kapital –**

### **Zukunftsorientierte Wirtschaft für Mensch und Tier**

Die Frage nach der richtigen Wirtschaftsart wollen wir immer wieder stellen. Für die Bamberger Linke Liste ist schon immer klar: Menschen und Natur gehen über Profite! Wir stehen hinter dem Ideal des demokratischen Sozialismus. Darunter verstehen wir eine gemeinsame Ausgestaltung der regionalen Wirtschaft mit den Betrieben nach den Zielen sozialer Verträglichkeit und unter Beachtung der natürlichen Grenzen unserer Umwelt und Natur. Eine faire Verteilung der Vorteile und Lasten sowie eine Demokratisierung aller wirtschaftlichen Lebensbereiche stehen dabei im Vordergrund. Kapitalistische Verwertungslogik führt zur Ausbeutung und Spaltung der Gesellschaft. Das heißt konkret: Gemeinsames Wirtschaften geht nur, wenn wir auf die Bedürfnisse der Menschen in unserer Stadt eingehen. Das betrifft die Jobs, welche die Arbeitnehmer\*Innen gerne wahrnehmen wollen genauso welche regionalen Produkte im Laden zu finden sind. In beiden Fällen braucht es mehr Mitbestimmung im Betrieb über die Art und Weise, wie Produktion und Arbeit gestaltet sind. Auch im wirtschaftlichen Handeln der Stadt und der Unternehmen fordern wir mehr Transparenz und Mitbestimmung ein, um egoistisches und kurzfristiges Denken zu verhindern. Dadurch wird darüber hinaus demokratisches Verhalten gefördert.

#### **Die Bamberger Linke Liste fordert für eine weitsichtige und zukunftsfähige Wirtschaftspolitik:**

- Die spezielle Förderung kleiner und mittlerer Wirtschaftsunternehmen, die vor Ort den von uns geforderten gesellschaftlichen und umweltpolitischen Wandel starten und voranbringen wollen. Das heißt strukturelle und finanzielle Unterstützung
- Unternehmen in öffentlicher Hand müssen gemeinwohlorientierter wirtschaften und die Mitbestimmung der eigenen Angestellten im Betrieb sicherstellen. In Fragen des Umweltschutzes, der Arbeitnehmer\*Innenrechte und der umweltverträglichen Stadtentwicklung muss die Stadt Bamberg eine Vorbildrolle einnehmen und eine engere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften anstreben

- Auch ehrenamtliche, gemeinwohlorientierte Projekte wollen wir verstärkt fördern. Das Ehrenamt braucht langfristige Planbarkeit und strukturelle Unterstützung, weil die Menschen viele Dinge in die Hand nehmen, die sich nur schwer wirtschaftlich abbilden lassen. Das Bereitstellen dieser Dienste spart der Stadt hohe Geldsummen. Gleichzeitig dürfen nicht noch mehr gesellschaftliche bzw. staatliche Leistungen aus der bezahlten Arbeit ins Ehrenamt gedrängt werden. Wir sehen wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge wie beispielsweise Frauenhäuser oder die Quartiersarbeit in der Verantwortung der Stadt.
- Förderung von Unternehmen, die vor Ort produzieren und vermarkten, um unabhängiger von Exportzwängen und weltwirtschaftlichen Entwicklungen zu werden. Das heißt kleine und mittlere Unternehmen, die nicht mit Outsourcing aufgrund von Profitmaximierung drohen, Standortvorteile zu verschaffen
- Regionale Produktions- und Konsumkreisläufe sollen derart effizienter gestaltet werden, sodass eine einseitige Orientierung an Wachstum und Produktivität nicht mehr im Mittelpunkt stehen
- Wir fördern die wirtschaftliche Gleichstellung aller Geschlechter. Keine allein-erziehende oder pflegende Person darf benachteiligt werden.
- Verstärkte Ansiedelung von innovativen Unternehmen, die platzsparend bauen, nachhaltig wirtschaften und mitbestimmte und tarifgebundene Arbeitsplätze bieten (Verweis Ökologie)
- Wir schaffen Anreize für Unternehmen, welche eigenverantwortlich Wohnraum für ihre Arbeitnehmer\*innen zum Beispiel in Zusammenarbeit mit der Stadtbau GmbH zur Verfügung stellen
- Grundstücke der Stadt Bamberg sollen aus Gründen der finanziellen Unabhängigkeit in Zukunft nur noch verpachtet und nicht verkauft werden (Verweis Wohnen). Des Weiteren soll wieder mehr Land im Eigentum der Stadt sein,

um sozialen Wohnungsbau voranzutreiben und den Wuchermieten entschlossen entgegenzutreten.

- Langfristig gestaffelt zu erhöhende Parkplatzgebühren im Innenstadtbereich mit Zweckbindung an ÖPNV-Ausbau. (Verweis ÖPNV-Konzept)
- Erhöhung der Strafe auf das unsachgemäße Wegwerfen von Zigarettenstummeln. Die Geldbuße soll sich erstmals auf 40 Euro, später auf mindestens 250 Euro belaufen. Gleichzeitig sollen tragbare Aschenbecher vermehrt beworben werden. Damit schützen wir in hohem Maße unser Grundwasser (siehe Klimaschutz) und mitfinanzieren damit weitere Umweltmaßnahmen. Dafür soll die Stadt dem Ordnungsamt hierfür genügend Personal bereitstellen, damit die Maßnahme effizient umgesetzt werden kann